

Braunkohle: Ein schmutziges Geschäft



Klimaschutz braucht Kohleausstieg!



Der Vattenfall-Tagebau Jänschwalde frisst sich durch die brandenburgische Lausitz, radiert Landschaften und Dörfer aus.

In Deutschland wird weltweit am meisten der klimaschädlichen Braunkohle abgebaggert. Das ist ein Weltmeistertitel, auf den niemand stolz sein kann. Für die Natur ist es eine Tragödie, für unsere Gesundheit eine Gefahr. Denn Kohle ist giftig – für das Klima, aber auch für den Menschen. Während die Politik den dringend nötigen Kohleausstieg verschleppt, verbrennen Kohlekonzerne weiter Millionen Tonnen schädliche Braunkohle.

Etwas Wind genügt und die Wand zieht auf. Braun ist sie und hoch. Sie baut sich über riesigen Erdkratern auf, bewegt sich weiter, bis sie ganze Landstriche einhüllt. Staubstürme, die aus den Tagebauen aufziehen, sind berüchtigt in den deutschen Braunkohlerevieren. Im Rest Deutschlands sind sie kaum bekannt. So wie auch nur wenige wissen, dass noch heute in Deutschland Menschen ihre Häuser und ihre Heimat verlieren, damit Konzerne an die darunter lagernde Braunkohle kommen, dass Seen und Flüsse absterben,

weil saures Wasser aus den Tagebauen sickert, kiloweise hochgiftiges Quecksilber aus den Schloten der Kohlekraftwerke quillt. Braunkohle ist ein schmutziges Geschäft. Erst wenn viele sich darüber empören, lässt es sich stoppen.

Ohne Kohleausstieg kein Klimaschutz

Noch ein trauriger Rekord: Unter allen Energieträgern ist Braunkohle der klimaschädlichste. Für die gleiche Menge Strom produziert ein Braunkohlekraftwerk etwa drei Mal so viel CO₂ wie ein modernes Gaskraftwerk. Doch obwohl sich Deutschland längst für die Energiewende entschieden hat, obwohl Wind und Sonne jeden Monat mehr saubere Energie liefern, laufen die Braunkohlekraftwerke im Land weiter auf vollen Touren. Nicht weil Deutschland all ihren Strom bräuchte, sondern weil die Energiekonzerne einen großen Teil davon ins Ausland verkaufen. Das geht, weil die Politik den Kraftwerksbetreibern erlaubt, unser aller Atmosphäre als

Gratis-Deponie für riesige Mengen klimaschädliches CO₂ und giftiges Quecksilber zu missbrauchen. Seit Jahren versprach eine Bundesregierung nach der nächsten, die deutschen Emissionen bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu verringern. Doch seit 2009 ist der deutsche CO₂-Ausstoß nicht mehr gesunken. Ohne entschlossenes Handeln der Politiker wird Deutschland sein internationales Klimaversprechen brechen. Die Verbrennung von Kohle ist für rund die Hälfte der jährlichen CO₂-Emissionen verantwortlich. Sie stammen zu großen Teilen aus den Braunkohlekraftwerken von RWE, LEAG, MIBRAG und anderen. Dabei sind die Erkenntnisse der Klimawissenschaft eindeutig: Nur wenn der Großteil der fossilen Energieträger wie Kohle und Öl im Boden bleibt, können wir den immer spürbarer werdenden Klimawandel eindämmen. Für Deutschland heißt das: Die Bundesregierung muss einen Fahrplan für einen schrittweisen Kohleausstieg beschließen.



Greenpeace protestiert gegen die giftige Braunkohle: in der Lausitz gegen zerstörerische Tagebaue (links) und im Rheinland gegen den Bau eines neuen Kohlekraftwerks in Niederaußem (rechts).

Das heißt auch, dass keine neuen Kohlekraftwerke ans Netz und keine weiteren Tagebaue genehmigt werden dürfen. Ein energischer Ausbau der Erneuerbaren Energien macht es möglich, bis zum Jahr 2030 das letzte deutsche Kohlekraftwerk abzuschalten und trotzdem jederzeit genügend Strom für alle zur Verfügung zu haben.

Deutschlands schmutziges Kohlegeschäft

Der Abbau des Klimakillers erfolgt in drei Regionen: im Rheinland, in der Lausitz und im Mitteldeutschen Revier bei Leipzig. Nicht genug damit, dass die Menge der geförderten und verbrannten Braunkohle seit Jahren auf hohem Niveau verharrt, noch immer sind weitere Tagebaue geplant. So sollen das Erneuerbare-Energien-Dorf Proschim und weitere Ortsteile von Welzow in der Lausitz dem Tagebau Welzow-Süd II geopfert werden. Auch dem wunderschönen Bauerndorf Pödelwitz südlich von Leipzig droht die Abbaggerung, ebenso wie mehreren Ortschaften im Rheinischen Revier. Insgesamt sind in Deutschland derzeit fünf neue Tagebaue in Planung (Sonderfeld Mühlrose, Welzow-Süd II, Vereinigtes Schleenhain, Lützen und Hambach ab 2030). Werden diese Pläne umgesetzt, würden die Schaufelradbagger nicht nur Hunderte von Menschen aus ihren Häusern und Dörfern vertreiben, Deutschland würde auch bis Mitte des Jahrhunderts weiter Braunkohle verbrennen – und damit zusätzliche Mengen an CO₂ produzieren.

Tod aus dem Schlot

Kohlekraftwerke zerstören nicht nur das Klima, sie greifen auch massiv die Gesundheit der Menschen an. Aus den Kohleschlotten quellen neben CO₂ auch Stoffe wie Schwefeldioxid, Stickoxide und Ruß, die in der Luft Feinstaub bilden. Diese kleinsten Teilchen dringen tief in die Lunge ein und verursachen Asthma, Herzinfarkte und Lungenkrebs. Zudem sind Kohlekraftwerke für große Mengen weiterer krebserregender Stoffe wie Blei, Arsen und Kadmium verantwortlich. Was vielen nicht bewusst ist: Die Hälfte der deutschen Quecksilberemissionen stammt aus Deutschlands Braunkohlekraftwerken. Dieses Quecksilber wird über den Verzehr belasteter Fische vom Menschen aufgenommen und kann zu gravierenden Gesundheitsschäden führen. Vor allem für Embryonen und Kleinkinder sind bereits kleine Dosen gefährlich. Jahr für Jahr werden in der EU 1,8 Millionen Babys geboren, die bedenkliche Quecksilberkonzentrationen im Blut zeigen.

Tagebau zerstört Heimat

Braunkohlebagger kennen keine Gnade. Ob Kirchen oder Friedhöfe, Kindergärten oder Fußballplätze, Wälder oder Wiesen – was über der Braunkohle liegt, verschwindet. Knapp 300 Orte sind so in den vergangenen 100 Jahren zerstört worden. Zehntausende Menschen mussten umgesiedelt werden, manche mehrfach und die meisten gegen ihren Willen. Die Kohlekonzerne lassen neue Dörfer für die Bewohner bauen, doch das sind sterile Retortendörfer – Orte ohne Ge-

schichte, ohne Seele. Wenn die Tagebaue gehen, bleibt karges, unfruchtbares Land. Die vielen Tausend Hektar Ackerland, die den Braunkohlebaggern bis heute zum Opfer gefallen sind, werden Jahrhunderte brauchen, um wieder so fruchtbar wie zuvor zu werden. Allein in der Lausitz wurden so bereits mehr als 800 Quadratkilometer Land zerstört – eine Fläche so groß wie Berlin. Ein Viertel dieser Fläche darf aktuell wegen Rutschungsgefahr nicht betreten werden.

Bleibende Schäden

Wenn die Tagebaubagger gehen, fangen viele Umweltprobleme erst an. Das wieder ansteigende Grundwasser lässt Seen versauern und Flüsse durch chemische Prozesse braun werden, sie verockern. Oft ist das wieder aufgeschüttete Land so locker, dass ganze Landstriche wegen der Gefahr von Rutschungen gesperrt werden müssen. Wie gefährlich die Restlochseen sein können, die in vielen früheren Tagebauen entstanden sind, zeigt die Katastrophe von Nachterstedt, wo 2009 das Seeufer eines ehemaligen Tagebaus abrutschte. Drei Menschen starben dabei, 42 verloren ihr Zuhause. Während die Energiekonzerne mit vermeintlich billiger Braunkohle jahrelang gute Geschäfte gemacht haben, werden viele der langfristigen Folgekosten auf die Gesellschaft abgewälzt. Denn für sogenannte Ewigkeitskosten wie dauerhaftes Abpumpen von Grundwasser, mögliche Erdbeben oder die Folgen des Klimawandels kommen die verursachenden Konzerne in der Regel nicht auf.



Im Januar 2018 erklimmen Greenpeace-Kletterer den Turm des „Immerather Doms“ und fordern den Stopp des Abrisses. Sie können die Abrissarbeiten verzögern, schließlich fällt die Kirche dennoch dem Tagebau Garzweiler zum Opfer.

Kosten beim deutschen Steuerzahler

Wider besseres Wissen verzichten Landespolitiker wiederholt darauf, Sicherheitsleistungen für die Folgekosten des Braunkohleabbaus von den Kohlekonzernen einzufordern. Dabei ist zum Beispiel im Falle des tschechischen Investors EPH (Deutsche Tochterfirmen sind die Kohlekonzerne MIBRAG und LEAG) zu befürchten, dass Profite und Rücklagen aus dem ehemaligen Vattenfall-Geschäft herausgezogen und Milliardenkosten für die Rekultivierung der verwüsteten Landschaften auf die deutschen Steuerzahler abgewälzt werden. Greenpeace fordert deshalb, dass die Braunkohlekonzerne Rücklagen für die zu erwartenden Folgekosten anlegen, welche vollständig in einem unabhängigen Fonds gesichert werden.

Energiewende wird ausgebremst

Kohlekraftwerke sind zu unflexibel, um als Partner der Erneuerbaren Energien zu fungieren. Sie zerstören nicht nur das Klima und gefährden die Gesundheit der Menschen, sie bremsen auch die Energiewende. Schwerfällige Kohlekraftwerke können nicht spontan hoch- und heruntergeregt werden und „verstopfen“ mit ihrem Strom dadurch die Netze, anstatt Schwankungen von Sonne und Wind auszugleichen. Und sie sind dafür verantwortlich, dass die Erfolge der Energiewende in der deutschen Klimabilanz keine Spuren hinterlassen. Mittlerweile ist klar: Kohle hat keinen Platz in einer umwelt- und klimaschonenden Energieversorgung. Mit der Energiewende hat Deutschland den mittelfristigen Ausstieg aus der gefährlichen Atomenergie und den weitgehenden Umstieg auf Erneuer-

bare Energien bis zum Jahr 2050 beschlossen. Nur damit können die Klimaziele erreicht und die CO₂-Emissionen deutlich reduziert werden.

Übrigens: Trotz gleichbleibender Kohleverstromung arbeiten jährlich weniger Menschen in der Kohlebranche. Aktuell stehen etwa 20.000 Beschäftigte in der Kohleindustrie mehr als 300.000 Jobs im Bereich Erneuerbarer Energien gegenüber.

Kohlereviere brauchen eine Zukunftsperspektive jenseits der Braunkohle

Greenpeace fordert einen gesetzlich verankerten Kohleausstieg, der schrittweise und sozialverträglich bis spätestens 2030 umgesetzt wird. Der Strukturwandel in den Kohlerevieren muss unverzüglich erfolgen und gestaltet werden. Die Kohle muss im Boden bleiben!

➔ Kein Geld von Industrie und Staat

Greenpeace ist international, überparteilich und völlig unabhängig von Politik, Parteien und Industrie. Mit gewaltfreien Aktionen kämpft Greenpeace für den Schutz der Lebensgrundlagen. Rund 580.000 Fördermitglieder in Deutschland spenden einen Beitrag an Greenpeace und gewährleisten damit unsere tägliche Arbeit zum Schutz der Umwelt.

Greenpeace fordert

- ▶ Kohleausstieg bis spätestens 2030
- ▶ Keine neuen Tagebaue
- ▶ Keine neuen Kohlekraftwerke
- ▶ 100 Prozent Erneuerbare Energien

Impressum

Greenpeace e.V., Hongkongstraße 10, 20457 Hamburg, Tel. 040/3 06 18-0, Fax 040/3 06 18-100, mail@greenpeace.de, www.greenpeace.de **Politische Vertretung Berlin** Marienstraße 19–20, 10117 Berlin, Tel. 030/30 88 99-0

V.i.S.d.P. Anike Peters **Text** Gregor Kessler, Anja Oeck, Anike Peters **Produktion** Ute Zimmermann

Fotos Titel: Bernd Lauter, S. 2: J. Henry Fair, S. 3: Daniel Rosenthal, Bernd Arnold, S. 4: Gordon Welters, Bernd Lauter, Ruben Neugebauer, S. 5: Gordon Welters, Gordon Welters, Clemens Wronski, S. 6: Bernd Lauter, alle © Greenpeace

Gestaltung Klasse 3b **Druck** Reset, Virchowstr. 8, 22767 Hamburg **Auflage** 10.000 Exemplare

Zur Deckung unserer Herstellungskosten bitten wir um eine Spende:

GLS Bank, IBAN DE49 4306 0967 0000 0334 01, BIC GENODEM1GLS

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier

Greenpeace e.V.
Hongkongstraße 10
20457 Hamburg
mail@greenpeace.de
www.greenpeace.de

Greenpeace setzt sich für den Kohleausstieg ein



Im von Kohlebaggern bedrohten Ort Pödelwitz pflanzen Greenpeace-Aktivisten gemeinsam mit Menschen aus dem Ort im März 2017 ein Widerstands-X aus Osterglocken. Außerdem reparieren wir dem Verfall überlassene, denkmalgeschützte Häuser, um den historischen Ortskern von Pödelwitz zu bewahren.



Im November 2017 organisiert Greenpeace im Bündnis mit anderen Organisationen die Demo „Klima schützen – Kohle stoppen“. Kurz vor der Weltklimakonferenz gehen 25.000 Menschen in Bonn auf die Straße, um den deutschen Kohleausstieg zu fordern.



Auch während der Verhandlungen für eine neue Bundesregierung Ende 2017 /Anfang 2018 demonstrieren Greenpeace-Aktivisten unermüdlich für den Kohleausstieg.

Greenpeace setzt sich für den Kohleausstieg ein



Seit vielen Jahren kämpft Greenpeace für einen Umstieg von klimaschädlicher Kohle auf saubere Erneuerbare Energien. Wir informieren Menschen über die Auswirkungen der Braunkohle auf Umwelt und Gesundheit und dokumentieren Umweltschäden wie die braune Spree.



Wir unterstützen den lokalen Widerstand, wie etwa bei der internationalen, grenzüberschreitenden Anti-Kohle-Kette 2014 zwischen den von Kohlebaggern bedrohten Dörfern Kerkwitz (Deutschland) und Grabice (Polen) oder im Sommer 2017 bei der Roten Linie gegen die Zerstörung des Hambacher Forstes durch den Tagebau Hambach.



Mit dem Schwarzbuch EPH veröffentlicht Greenpeace 2016 erstmals brisante Informationen über das zweifelhafte Finanzgebaren des tschechischen Kohle-Investors EPH. Im Mai 2016 fordern Greenpeace-Kletterer mit einem zweihundert Quadratmeter großen Banner zwischen den Schornsteinen einer alten Fabrik im Geisterdorf Haidemühl (Tagebau Welzow-Süd), dass die Kohle im Boden bleibt.